

Diskussion

Die ukrainische Protodemokratie im zeitgeschichtlichen Kontext

Replik auf eine Kritik von Ingmar Bredies

Von Andreas Umland, Eichstätt

Einleitung

In der letzten Ukraine-Analyse (Nr. 66) hat Ingmar Bredies mit ironischem Unterton auf meine Interpretation der Orangen Revolution in der vorletzten Ukraine-Analyse (Nr. 65) verwiesen. Auch Dieter Segert hat in der Ukraine-Analyse Nr. 66 Zweifel an meiner Argumentation von einem stabilen Ausbrechen der Ukraine aus dem postsowjetischen Muster einer autoritären Restauration angemeldet. Ich nehme gern die Gelegenheit wahr, Präzisierungen meiner Interpretation der Orangen Revolution sowie Konzipierungen der von Bredies kritisierten Begriffe »Scheideweg« und »demokratischer Durchbruch« anzufügen.

Bredies mokiert sich über die Verwendung des Terminus »Scheideweg« im Zusammenhang mit der Orangen Revolution, womit – angesichts der fortgesetzten Krisenhaftigkeit der ukrainischen Politik – mancher Leser einverstanden sein mag. Zum einen muss jedoch angemerkt werden, dass der von Bredies erwähnte Kurztext keine Situationsanalyse der heutigen Ukraine war. Der Beitrag versuchte lediglich eine Würdigung der Orangen Revolution aus Anlass ihres fünfjährigen Jubiläums am 21.11.2009 sowie im Lichte der deklarierten Ziele bzw. Ideale der »Revolutionäre«. Zum anderen bezog ich »Scheideweg« – anders als z. B. Alexander Motyl – nicht auf die ukrainische Politik als solche (Motyl 2005: »The Orange Revolution marked a watershed in independent Ukraine's political development«). Der Begriff signalisierte auch keine abschließende Annäherung an das westliche Demokratiemodell. Meine Klassifizierung der Orangen Revolution als »Scheideweg« ergab sich aus dem Vergleich der jüngsten Entwicklung der Ukraine einerseits und derjenigen Russlands sowie anderer ehemaliger Sowjetrepubliken, deren Territorien bereits seit 1922 zur UdSSR gehört hatten, andererseits. Er war eher komparativ als normativ gemeint.

Die Ukraine und Russland im Vergleich

Die elektoralen Autoritarismen des »Spätkutschismus« und »Frühputinismus« in den Jahren 1999 bis 2004 wiesen etliche Analogien auf. Dagegen ähnelten sich – so mag auch Bredies zustimmen – die Ukraine während der ersten und letzten Amtszeit Juschtschenkos 2005–2010 und die Russische Föderation während der zweiten (jedoch womöglich nicht letzten) Amtszeit Putins 2004–2008 weit weniger. Wie immer man zu diesen Veränderungen stehen mag: Der Fakt der Ausdifferenzierung der bis dahin relativ ähnlichen Transformationspfade der beiden größten und historisch eng

verbundenen Nachfolgestaaten der UdSSR als solcher ist offensichtlich und in gewisser Hinsicht paradox, wie von Bredies und mir 2009 kurz dargelegt.

Wie ich sowohl in der vorletzten Ukraine-Analyse als auch in der Langversion des Beitrags in der Zeitschrift Osteuropa hätte deutlicher machen können, sind die Veränderungen in Russland im Gefolge der Orangen Revolution weltpolitisch folgenschwerer als der deklarierte »Demokratisierungsschub« in der Ukraine. Bis 2004 konnte die Verhärtung des Putin-Regimes noch als eine provisorische Rezentralisierung des scheinbar auseinanderdriftenden russischen Staates angesehen werden. Nach der Orangen Revolution und teils offenbar in Reaktion auf sie hat sich in Russland allerdings eine Tendenz durchgesetzt, die ein unkompliziertes Zurückfahren von Putins »Machtvertikale« – ob nun »von oben« oder »unten« initiiert – schwierig macht. Weder die tausenden Funktionäre von »Einiges Russland« in den verschiedenen Legislativorganen und Parteibüros, noch die hunderten »Silowiki« in der Exekutive werden auf ihre einmal erlangten Posten ohne Weiteres verzichten – so überzeugend ihnen Medwedew auch die Notwendigkeit von politischem Pluralismus, fairen Wahlen und offenem Parteienwettbewerb für Russland erklären mag. In Russland scheint fürs Erste »der Zug abgefahren« zu sein, obwohl weiterhin die Hoffnung besteht, dass Medwedew eines Tages genügend Macht akkumuliert, um das jetzige System zu durchbrechen.

In der Ukraine bleibt hingegen vieles offen: Wer gewinnt die Präsidentschaftswahlen am 7. Februar 2010? Wird es einen neuen Ministerpräsidenten und womöglich vorzeitige Parlamentswahlen im kommenden Jahr geben? Bleibt die Ukraine eine semipräsidentielle oder wird sie zu einer parlamentarischen oder gar präsidentiellen Republik? Wie werden sich die Beziehungen zu Russland und der EU entwickeln? Wird die Ukraine je NATO-Mitglied, und wenn ja – wann?

Die historische Bedeutung der Orangen Revolution

Das von Bredies wiederholt kritisierte Konstrukt »demokratischer Durchbruch« scheint mir vor dem Hintergrund der Entwicklungsdynamiken vergleichbarer post-sowjetischer Staaten sowie im Lichte der ukrainischen Fortschritte in den Bereichen Massenmedien, Zivilgesellschaft und Wahlen weiterhin angebracht. Gerhard Simon vermutete 2005 kurz nach der Massenaktion zivilen Ungehorsams: »Die Revolution in Orange war möglicherweise der entscheidende Schritt auf einem Weg, der die Ukraine fest in der westlichen politischen Werteordnung verankern könnte.« Im Lichte der drei darauffolgenden Wahlgänge vom März 2006, September 2007 und Januar 2010 sowie deren weitgehend positiver Bewertung durch Beobachtermissionen des Europarates und der OSZE scheint diese Vermutung nunmehr bestätigt.

Damit ist freilich kein allumfassender Bruch mit den verschiedenen Erblasten der sowjetischen Vergangenheit gemeint. In der Langversion des Beitrages in der Zeitschrift Osteuropa habe ich – im Gegenteil – versucht zu begründen, warum die Ereignisse von 2004 eben keine tatsächliche Revolution darstellten, weshalb das Konstrukt »Orange Revolution« eher als Eigenname denn als klassifikatorischer Begriff verwendet werden sollte. Die Massenaktion zivilen Ungehorsams von 2004 bedeutete, im Gegensatz zur wirklichen Revolution von 1989–1991, keinen prinzipiellen Wandel mehr, sondern war lediglich ein wichtiger Schritt in die – mit einigen Abstrichen, etwa bezüglich der »Politreform« – richtige Richtung. Zumindest ergibt sich solch ein Bild, wenn man die Ukraine im Vergleich zu Russland betrachtet bzw. den anderen Gründungsrepubliken der UdSSR gegenübergestellt. Die jüngste Entwicklungen dieser Staaten und nicht die Funktionsweise heutiger westlicher Demokratien stellt, wie unten dargelegt, den relevanten Referenzrahmen für eine historisch fundierte Bewertung der Ukraine dar. Vor diesem Hintergrund ergibt sich aus demokratietheoretischer (weniger dagegen aus regierungstechnischer) Sicht eine positive Bilanz für die Ukraine und ein negatives Ergebnis für Russland. In dieser Hinsicht kann man von einem (womöglich sogar mehrdimensionalen) »Bruch« zwischen der Ukraine und Russland sprechen.

Ich bin mit Bredies einverstanden, dass Sozialwissenschaft, zumal Demokratieforschung, immer auch kritische Wissenschaft sein sollte und dass die politische Ordnung der post-orangen Ukraine viel Kritik verdient. Allerdings darf man den geschichtlichen Kontext und die sich hieraus ergebenden besonderen Herausforde-

rungen der ukrainischen Demokratisierung nicht aus den Augen verlieren. In zeithistorischer Hinsicht war die Ukraine nicht – wie es ukrainische Patrioten teilweise darstellen – ein Teil Zentraleuropas. Die Ukraine ist keineswegs nur eine Art »zweites«, weiter östlich gelegenes »Polen«. Anders als Polen oder die Tschechische Republik war das Territorium der Ukraine nicht nur zeitweise ein Teil des Dritten Reiches und des Sowjetimperiums. Das ukrainische Volk verlor nicht nur – wie in westlichen Kommentaren zur ukrainischen Kollaboration gerne unterschlagen – Millionen Menschen unter deutscher Besatzung.

UdSSR-Gründungsrepublik und Erstdemokratie

Der Großteil der Ukraine hatte schon vorher die mörderischen Phasen des Frühbolschewismus sowie Hochstalinismus erlebt – Hungersnöte, »Säuberungen«, Deportationen, Kollektivierung, Versklavung, Russifizierung usw. – mit ebenfalls Millionen Toten sowie Abermillionen Terrorisierter und Traumatisierter. Von letztem und von der damit einhergehenden weitgehenden Plättung bürgerlicher, nationaler und zivilgesellschaftlicher Traditionen waren die mittelosteuropäischen Staaten, die zudem 1945–1989 »nur« zum äußeren Sowjetreich gehörten, verschont geblieben. Lediglich Ostgalizien, Transkarpatien, Wolynien und die Nordbukowina hatten insofern »Glück gehabt«, als sie erst 1939–1940 in die UdSSR eingegliedert wurden und damit die blutigste Phase des Stalinschen Totalitarismus »verpassten«. Vor diesem Hintergrund nimmt es nicht Wunder, dass 1989 die ukrainische national-demokratische Bewegung in der noch Reste an bürgerlicher Tradition pflegenden Westukraine ihren Ausgang nahm und sich von dort auf andere Teile der Ukrainischen SSR ausbreitete.

Während der Orangen Revolution verschob sich allerdings diese regionale Dynamik. Die Westukrainer waren zwar auch hier wieder hochgradig aktiv. Als ihre Züge aber im Spätherbst 2004 in Kiew eintrafen, hatten jedoch die mehrheitlich russischsprachigen Hauptstadtbewohner unter der Führung häufig ost- und zentralukrainischer Politiker (Juschtschenko, Timoschenko, Moros usw.) bereits mit ihrer Massenaktion zivilen Ungehorsams begonnen. Auch war die Dimension des Ereignisses bemerkenswert, wie etwa Simon 2005 bemerkte: »Die schiere Quantität und der Grad der Organisiertheit der über mehr als zwei Wochen anhaltenden Massendemonstrationen ging weit über das hinaus, was sich 1989 in Leipzig oder Prag abspielte«. Eben dies war – so scheint mir – der immer noch nicht hinreichend interpretierte »Scheideweg«, an dem die

Bewohner der über 70 Jahre sowjetischen Ukraine sich für eine andere Zukunft entschieden, als die Mehrheit der Bürger aller anderen Staaten, deren Territorien bereits bei Gründung des Sowjetstaates zur UdSSR gehört hatten.

Last but not least sollte nicht vergessen werden, dass die Ukraine derzeit – im Unterschied zu vielen anderen heutigen Demokratien, etwa der bundesdeutschen – ihre erste liberale Demokratie aufbaut, ja nunmehr bereits in deren 18. Jahr geht. Beim ersten Wahlgang der derzeitigen Präsidentschaftswahlen wählten die Ukrainer bereits zum dritten Mal einen Amtsinhaber ab: 1994 Präsident Leonid Krawtschuk, 2004 Premierminister Viktor Janukowitsch (als designierten Nachfolger von Präsident Leonid Kutschma) und 2010 Präsident Viktor Juschtschenko. Hier mit Lucan Way weiterhin lediglich von »pluralism by default«, Demokratie als bloßes Resultat einer Pattsituation, zu sprechen, ist unzureichend. Insofern greift auch Bredies' Reduktion des Unterschiedes zwischen der vor- und nachorangen Ukraine auf eine »Pluralität« an Akteuren und »institutionelle ›Nischenbildung‹ durch verschiedene, etwa gleich starke Gruppierungen mit einer gewissen Vetomacht« in der letzten Ukraine-Analyse inzwischen zu kurz. Ignoriert dieser Ansatz doch den bereits fortgeschrittenen Prozess der Tradierung von pluralistischer Diskussion sowie politischem Wettbewerb und erste Beispiele fruchtbringender zivilgesellschaftlich-staatlicher Interaktion. Im Unterschied zu den anderen Gründungsrepubliken der UdSSR stehen in der Ukraine heute nicht mehr die Transition zur Demokratie, sondern deren sinnvolle Restrukturierung und effektiver Ausbau auf der Tagesordnung. Und in dieser Hinsicht, da stimme ich Bredies und Segert zu, liegt in Kiew noch vieles im Argen.

»Wer regiert?« vs. »Wird regiert?«

Unsere Differenzen hängen womöglich damit zusammen, dass wir verschiedene Dimensionen von Demokratie ansprechen. Bei meinen positiveren Einschätzungen der Ukraine nach der Orangen Revolution geht es vornehmlich um Fragen wie »Wer regiert?«, »Wer bestimmt, wer regiert?« oder »Auf welche Weise werden die Regie-

renden bestimmt?«, d. h. um die Art des Regierungssystems. Bei Bredies und Segert geht es u. a. um die Fragen »Wird regiert?« bzw. »Wie effektiv wird regiert?«, d. h. um das Maß an Regierung. Das ist natürlich eine klassische Unterscheidung in der politikwissenschaftlichen Regimelehre und ein Thema, das 1968 in dem einflussreichen Buch Samuel Huntingtons »Politische Ordnung in sich wandelnden Gesellschaften« problematisiert wurde.

Im unmittelbaren Vorfeld der ersten Runde der ukrainischen Präsidentschaftswahlen 2010 hat Alexander Motyl in einem Zeitungsbeitrag auf das Fazit dieser Untersuchung hingewiesen und sie dem nächsten ukrainischen Präsidenten zur Lektüre empfohlen. Was Motyl allerdings vergaß zu erwähnen, ist, dass die Implikationen aus Huntingtons Buch unklar bleiben. Huntingtons Plädoyer für eine stärkere Fokussierung auf die Frage, ob und inwieweit regiert wird (und weniger darauf, wer regiert und wie der Regent bestimmt wird), kann als eine Apologie autoritärer Herrschaftsformen in Übergangsgesellschaften gelesen werden. In gewisser Hinsicht war diese Denkfigur auch die Legitimationsgrundlage für Putins Entdemokratisierung: Anders als zu Jelzins Zeiten wird heute in Russland mittels »Machtvertikale« durchregiert – oder zumindest der Anschein effektiver Staatsführung erzeugt.

Zwar stimme ich Bredies und Segert zu, dass das demokratische Staatswesen der Ukraine noch weit von einer nachhaltigen und zielführenden Institutionalisierung entfernt ist. Ich würde, im Gegensatz zu Simon, nicht einmal gänzlich ausschließen, dass der ukrainische Staat in seiner jetzigen Form kollabiert. Gleichzeitig kann paradoxe Weise bereits heute von einer Teilkonsolidierung der ukrainischen Protodemokratie gesprochen werden. Durchdringen doch nun bereits seit Jahren pluralistische Normen die öffentliche Diskussion, gesellschaftlichen Organisationen und politischen Institutionen (weniger dagegen die individuellen Orientierungen) der Ukrainer. Während die Zukunft der Ukraine als Nationalstaat nicht gänzlich gesichert scheint, kann eine autoritäre Regression, wie sie in Belarus und Russland stattgefunden hat, im derzeitigen staatlichen Rahmen inzwischen ausgeschlossen werden.

Über den Autor:

Dr. Dr. Andreas Umland ist Wissenschaftlicher Assistent an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt (<http://ku-eichstaett.academia.edu/AndreasUmland>), Herausgeber der Buchreihe »Soviet and Post-Soviet Politics and Society« (<http://www.ibidem-verlag.de/spps.html>), Mitherausgeber des »Forums für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte« (<http://www1.ku-eichstaett.de/ZIMOS/>) sowie Verwalter des Webarchivs »Russian Nationalism« (http://groups.yahoo.com/group/russian_nationalism).

Verwendete Literatur:

- Bredies, Ingmar / Umland, Andreas: Democratic Ukraine, Autocratic Russia: Why?, in: American Chronicle, 21. August 2009, <http://www.americanchronicle.com/articles/view/115334>
- Huntington, Samuel P. Political Order in Changing Societies, New Haven, NJ 1968.
- Motyl, Alexander J.: Institutional Legacies and Systemic Transformations in Eastern Europe: Ukraine, Russia, and the European Union, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte, 9. Jg. (2005), Nr. 1, S. 147–165.
- Motyl, Alexander J.: The Anti-Orange Election, in: The Moscow Times, 15. Januar 2010, <http://www.themoscowtimes.com/opinion/article/the-anti-orange-election/397424.html>
- Simon, Gerhard: Revolution in Orange: Der ukrainische Weg zur Demokratie, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte, 9. Jg. (2005), Nr. 1, S. 115–146.
- Umland, Andreas: Orange Revolution als Scheideweg: Demokratisierungsschub in der Ukraine, Restaurations-impuls in Russland, in: Osteuropa, Bd. 59 (2009), Nr. 11, S. 109–120, http://ku-eichstaett.academia.edu/documents/0060/1895/2009_Orange_Revolution_OSTEUPA7.pdf
- Umland, Andreas: »Oranževaja revoljucija«, russkoe antizapadničestvo i evoljucija rossijskogo političeskogo režima poslednih let, in: Polit.Ru – Instituty svobody: Analitika, 14. Januar 2010, <http://www.polit.ru/institutes/2010/01/14/umland.html>
- Way, Lucan A: Pluralism by Default: Challenges of Authoritarian State-Building in Belarus, Moldova, and Ukraine, Aberdeen 2003.